

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Krieger, Industriehaus
Niederdorf-Zürich
Vorkaufungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelpost.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 2.— für Deutschland (Gouvern.)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gouvern.)
Fr. 2.00 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Kreuzband).

Inserte
Die dreispaltige Zeile
25 Gts. — 20 Pfg.

N. 22.

Sonntag, 29. Mai.

1881.

Inis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug, versandt wird, und die Posten
besonders alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und
bei keine Rücksichtnahme vorzunehmen, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag, selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch und möglichst unmerkliche Postaufsichtern mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter
Sicherheit Rekommandation. Sowie es uns liegt, werden wir gemäß unserer Mähe nach Kosten streben, um trotz aller ent-
gegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Widerstand!

Als die Delegirten der deutschen Sozialdemokratie auf dem
Widener Kongress das Wort „gesetzlich“ aus dem Programm
strichen — einstimmig und unter allgemeiner Begeisterung —
da waren sie sich wohl bewußt, daß dieser Schritt von unsern
Regnern als Vorwand für allerhand Schurkereien ausgebeutet
werden würde. Aber trotzdem thaten sie ihn, denn sie hielten
es vor allen Dingen für notwendig, offen und vor aller Welt
auszusprechen, „was ist“.

Das Sozialistengesetz ist die Proklamirung der brutalsten
Polizeivillkür, es ist die gesetzliche Proklamirung der
Ungegesetzlichkeit, ihm gegenüber heißt es nur „Schweigen
oder ungesetzlich handeln“, ein Mittelglied gibt es nicht.
Und eine Partei, die ihre Anhänger nach Hunderttausenden
zählt, die das einzige Programm vertritt, das heute vor der
Wissenschaft noch Stand hält, die einzige, die im Aufstreben be-
griffen ist, läßt sich nicht von einer belibigen Parlaments-
majorität zum Schweigen verurtheilen, die will sich regen, und
wenn man sie in Gesetzesparagrafen eingeschütert hat, dann
zerreißt sie die Schnüre, wie der im steinigten Boden wurzelnde
Baum Felsstücke zerprengt, die sein Wachsthum hemmen.

Die Wächter des Sozialistengesetzes wußten auch sehr gut, daß
die Sozialdemokratie dieses Gesetz nicht innehalten werde, sie
hofften und hofften nur, daß sie im Widerstand gegen das-
selbe ihre Kräfte aufreiben werde, sie konnten den Baum nicht
fällen, so wollten sie wenigstens seinem Wachsthum so viel Hinder-
nisse in den Weg legen, daß er im Widerstand gegen dieselben
seine ganze Kraft ausbrauchen müsse. Sie waren deshalb durch-
aus nicht übertrübselt und gaben sich kaum die Mühe, „Entrüstung“
zu heucheln, daß wir den gesetzlichen Weg aus unserm Programm
strichen, das überließen sie den geistreichen Herren vom „Eid-
genössischen Verein“, den Vätern der Anti-Weltkongress-Petition.
Nicht die Heuchelei, beiseite nicht, sondern nur die „fittliche Ent-
rüstung“. Das ist nämlich deren Spezialität.

Auf die Gefahr hin, zum Ehrenmitglied dieses ehrenwerthen
Vereins ernannt zu werden, wollen wir ihm eine neue Veran-
lassung geben, „entrüstet“ zu sein. Wir wollen nämlich unsere
Genossen in Deutschland auffordern, nicht nur ungesetzlich vor-
zugehen, wo sie es für nöthig halten, sondern sie sogar zum
Widerstand gegen die Gesetze, zum Ungehorsam
aufzumuntern und auffordern.

Und es ist uns bitter ernst mit unserer Aufforderung, wir
wünschen und hoffen, daß sie befolgt werde, wir sind sogar der
Ansicht, daß ihre Befolgung ein Gebot der Nothwendigkeit
für die deutsche Sozialdemokratie ist.

Es ist im „Sozialdemokrat“ schon mehrfach behauptet worden,
daß die Durchführung des Sozialistengesetzes in Preußen einen
Verfassungsbruch, für diejenigen Beamten, die den Eid auf die
Verfassung geleistet, einen Eidbruch bedeutet. Was für Preußen
gilt, gilt mehr oder minder auch von den übrigen deutschen
Staaten, meist sogar mehr. Das Sozialistengesetz, und ins-
besondere die Blüthe desselben, der „kleine Belagerungs-
zustand“ hebt alle den Staatsbürgern durch die verschiedenen Verfassungen
gewährleisteten und beschworenen Grundrechte auf, wozu der
deutsche Reichstag absolut nicht das Recht hat.

Das deutsche Reich ist ein Bund selbständiger Staaten, die
nur verschiedene Dinge gemeinsam mit einander regeln, diese
Dinge, 16 an Zahl, sind im Artikel 4 der Reichsverfassung auf-
gezählt. Es steht zwar auch geschrieben, daß die Reichsgesetze den
Landesgesetzen vorgehen, da aber davon nichts in der preussischen
rc. Verfassung steht, so muß jeder Beamte, der diese letztere be-
schworen hat, da wo Reichs- und Landesgesetze kollidieren, ent-
weder die Reichsgesetze hintenansetzen oder, will er nicht eid-
brüchig werden, sein Amt niederlegen.

Bei dem guten Beispiel von oben fällt das den biederen
deutschen Beamten natürlich gar nicht ein, wie steht es aber in dieser
Hinsicht mit dem Volke? Soll das um der preussisch-deutschen
Militärherrschaft willen sich von Reichswegen Schutzregeln lassen,
wo ihm die wohlverordneten Landesrechte Schutz gewähren? Wir
denken, nein und tausend mal nein!

Es handelt sich für uns hauptsächlich um den kleinen Be-
lagerungs-zustand. Warum, fragen wir, lassen sich eigentlich preu-
sische Staatsbürger, die im Vollbesitz ihrer bürgerlichen Rechte sich
befinden, aus ihrem Wohnort verjagen, ohne Urtheil und ohne
Begründung, nur weil vielleicht ihre Nase oder ihre Beine irgend
einem Polizeipasha nicht gefallen? Warum erklärt nicht einmal
einer ganz energisch: ich gehe nicht!?

Halt! ruft uns ein Praktikus entgegen, Du Schlangkopf, weil
er dann einfach per Schub hinausgeworfen wird.

Gut, oder vielmehr nicht gut, wie man will. Aber warum
lehrt er nicht sofort durch irgend ein Thor wieder zurück und
erklärt wie Bismarck: Hier bin ich und hier bleib ich!

Antwort: dann würde man ihn einstecken und wegen Vann-
bruch verurtheilen.

Einstecken? Zweifelsöhne. Aber was kann einem aus seiner
Existenz gejagten Proletarier an 14 Tagen bis 4 Wochen
Untersuchungshaft liegen! Wir haben uns doch früher nicht
davor gefürchtet, warum denn jetzt mit einem Male? Und ver-
urtheilen? Wie aber, wenn unser Freund sich vor den Richter
hinsetzte und ihm zurief:

Ich bin preussischer Staatsbürger, die Verfassung, die Sie,
Herr Richter, die Beamten, der König und die Minister beschworen
haben, gewährleistete mir die „persönliche Freiheit“ (Art. 6) zc.
Weshalb hat man mich ausgewiesen? Weil ich Sozialdemokrat
bin? Jawohl, das bin ich und bin stolz darauf. Weil ich für
die Sozialdemokratie agitire habe? Jawohl, das habe ich, denn
das halte ich für meine heiligste Pflicht. Weder das eine, noch
das andere ist verboten, wenn ich aber wirklich gegen die Gesetze
verstoßen habe, warum klagt man mich nicht an? Wäge man
es doch thun, ich werde mich fügen, solange ich und meine Ge-
nossen nicht im Stande sind, andere, uns mehr zusagende Gesetze
durchzusetzen. Aber weil meine Ansicht dem oder jenem Schergen
nicht gefällt, mich von meiner Familie, von meinem Freundes-
kreis fortjagen lassen, aus der Existenz hinaus aufs Pflaster von Ort
und Ort — denn von meiner Ueberzeugung lasse ich nicht, das
sage ich Ihnen im Voraus — dem füge ich mich nicht! Ich
lasse mir mein elementarstes Recht, mein Heimathrecht nicht
nehmen. Hier bin ich Bürger, ich habe ein Recht hier zu sein,
nirgends auf der ganzen Erde sonst, und darum gehe ich nicht.
Führt man mich noch einmal mit Gewalt hinaus, so kehre ich
wieder zurück und immer wieder.

Wohin wegen Vannbruch verurtheilt? Aber, Herr Richter,
ich frage Sie auf Ihr Gewissen, was ist denn dieser über mich
verhängte Vann? Ist er gesetzlich zulässig? Nein, er ist es
nicht! Und weil ich einer ungesetzlichen Aufforderung nicht Folge
leistete, wollen Sie mich verurtheilen? Mit welcher Strafe werden
Sie später einen Meineidigen bestrafen, wenn Sie selbst Ihre
Eide so gering achten?

Und der Richter verurtheilt ihn dennoch, wird man uns ein-
werfen. Sei's drum. Zu drei, vier Wochen, zu einem, zwei,
drei Monaten Gefängniß! Und um dieser Gefahr willen, soll
man es nicht riskiren, durch eine Gerichtsverhandlung, die immer
wieder die öffentliche Aufmerksamkeit sich lenkt, die Nieder-
trächtigkeit des Ausnahmengesetzes vor der ganzen
Welt zu brandmarken! Um dieser Gefahr willen lassen sich
Genossen, die sonst sich um jahrelange Haft nicht kümmerten,
wie Lämmer auseinanderjagen? — geht doch! Ein gutes Bei-
spiel, und den Herren Rabai, Engel und Consorten wird die
Suppe ganz bedenklich versalzen werden.

Denn das eine Beispiel wird und kann nicht ohne Nachahmung
bleiben. Je größer aber die Zahl der „Vannbrüchigen“ wird,
so mehr wird der Unwille im Volke wachsen, je unbequemer
werden die Prozesse gewissen Herren werden, denen es zwar auf
einen Eidbruch nicht ankommt, die sich aber nicht gern daran
erinnern lassen.

Wir erwarten keine Wunder von dieser Maßregel. Aber
wir halten sie, von welcher Seite wir sie auch betrachten mögen,
für durchaus zweckmäßig. Es ist nicht erst heute, daß wir sie
in Vorschlag bringen. Schon im Dezember 1878, als die ersten
Waffenausweisungen erfolgten, als Rost, den wir damals noch
schätzten, nach Amerika gehen wollte, ärgerten wir uns ähnlich
im privaten Kreise. Man bestritt damals die Wirksamkeit und
mag auch wohl angehts des noch herrschenden Attentatsfurore
Recht gehabt haben. Später bezugten einzelne Genossen in
gelegentlichen Gesprächen mehr Sympathie dafür, die Sache
gerietz indeß immer wieder in Vergeßlichkeit. Jetzt scheint uns
aber die höchste Zeit zu sein, sie ernsthaft in Betracht zu ziehen
und dann entscheidend darnach zu handeln.

In Hamburg-Altona sind letzte Woche schon wieder zehn
Genossen, darunter fünf Familienväter ausgewiesen
worden. Welche Summe von Elend steckt in diesen Worten!
In Leipzig soll mit aller Gewalt der kleine Belagerungs-
zustand verhängt werden; hat die sächsische Regierung erst hier nach-
gegeben, so wird Bismarck und mit Recht verlangen, daß sie
ihn auch über halb Sachsen verhängt, kurz, man will uns mit
Gewalt klein kriegen. Das legt es uns ans Herz, immer ener-
gischeren Widerstand zu leisten.

Wir verlangen heute keine Revolution, keine Putsch, keine Atten-
tate von den Genossen in Deutschland Was wir ihnen aber an-
gehts der bevorstehenden Kämpfe empfehlen möchten, das ist noch
mehr Muth, mehr Trost, mehr Widerstandsgelbst. Die Stim-
mung in der Bevölkerung ist uns heute günstiger als sie je war,
die Opposition im Reiche ist im Wachsen, nur eines fehlt dem
deutschen Volke, Selbstvertrauen. Es ist gewohnt, zu gehorchen,

sich alles gefallen zu lassen, darum ist es Sache der Sozial-
demokratie, durch ihr „böses“ Beispiel des Ungehorsams und der
Unbotmäßigkeit die „guten“ Sitten des deutschen Volkes: Demuth,
Treue und Geduld gründlich zu verderben. Darum also
Widerstand gegen die Staatsgewalt!

Vitellius.

Briefe eines Achtundvierzigers.

Berlin, den 12. Mai.

Bei dem donquixotischen Feldzug, welchen Herr Bismarck gegen
die „internationale Revolution“ versucht hat, weiß man nicht,
wo die Komödie aufhört und die Angst anfängt. Ganz Komödie
ist er nicht — dazu ist er zu dumm. Und daß die Angst reell
ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Von den Sicherheitsmaß-
regeln, welche der tapfere Reichskanzler für seine werthvolle
Person getroffen hat, sind verschiedene ja unstreitig nur ver-
anstaltet, um gewisse Leute an die Existenz entscheidender Gefahren
glauben zu machen, allein wer die ängstlichen Blicke sieht, die
der Herr Reichskanzler in den durch seine Anwesenheit geizerten
Sitzungen des Reichstags auf die von einem Duzend Polizisten
und ebenso viel „Geheimen“ bewachten Tribünen wirft, kann
die Nothwendigkeit der Furcht nicht in Frage ziehen. Es ist schon
lange her, daß Bismarck das lähne Wort aussprach: „Ein Appell
an die Furcht findet in dem Herzen eines deutschen Mannes
keinen Widerhall.“ — Beiläufig, gleich anderen „Originalitäten“
des Herrn Reichskanzlers nicht auf dessen Wiste gewachsen.

Das Böbbsinnige der projektirten internationalen Polizeikam-
pagne wird durch das russische Zirkular recht drastisch hervor-
gehoben. Nach offiziellen Mittheilungen heißt es darin: „An-
gehts der einstimmigen Meinungsäußerungen Seitens aus-
wärtiger Regierungen, gesetzgebender Versammlungen und der
Presse, glaube sich die russische Regierung zu der Annahme ge-
rechtfertigt, daß die Nothwendigkeit der Bekämpfung eines Uebels,
welchem Rußland nicht allein unterworfen sei, derzeit allgemein
anerkannt werde. Das Schreiben führt sodann aus, daß,
wenn die Revolutionäre täglich in den Fortschritten
der Wissenschaft neue, bisher unbekannte Mittel
zur Ausführung ihrer gefährlichen Pläne ent-
decken, die Regierungen sich nicht mit ihren vor-
handenen Vertheidigungsmitteln begnügen können. Die russische Regierung lade deshalb die auswärtigen Kabinete
zur Theilnahme an einer gemeinsamen Verathung ein, um in
Erwägung zu ziehen, welche Maßregeln rathlicherweise im all-
gemeinen Interesse zu ergreifen seien. Indem sie eine Konferenz
vorschläge, handle sie nicht ausschließlich unter dem Eindruck,
welchen die Ermordung des verstorbenen Zaren hervorgerufen
habe, sondern gleichzeitig von dem Wunsche geleitet, in Ueberein-
stimmung mit dem übrigen Europa praktische Mittel für die
Sicherheit der Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung aus-
findig zu machen, ohne in die bestehende Ordnung der Dinge in
den betheiligten Staaten einzugreifen.“

Also gegen die „Fortschritte der Wissenschaft“ will man sich
schützen.

Die russischen Diplomaten, die dieses Opus fertigigt, haben
hiermit nur einige, wie es scheint, unbedachte Brocken Gen-
Wetternich'scher Expektorationen aus der Sand-Attentats-
periode reproduzirt. Was sie sich dabei gedacht haben mögen?
Ob sie sich überhaupt etwas gedacht haben?

Ist ihnen denn nicht bekannt, daß Rußland das einzige
Land ist, in welchem die Attentate zur permanenten politischen
Institution geworden sind? Haben sie denn nicht einmal das
durch die böse Wissenschaft sogar den höheren Bierführern zuer-
kannte Schlußvermögen, Ursache und Wirkung aneinanderreihen
zu können?

Die simpelsten Thiere des Waldes vermeiden Stellen, wo
viele von ihnen den Tod gefunden haben, weil sie kapiren, daß
tödtbringende Kräfte daselbst thätig sein müssen; und sie suchen
solche Verlichkeiten auf, wo solche Kräfte sich nicht bemerken
lassen.

Hätten die russischen Diplomaten, die weiland für die
geschicktesten der Welt galten — ein schlechtes Kompliment für
die anderen und ein prächtiger Kommentar zu dem Dzenstern'a-
schen Diktum — hätten sie so viel Verstand wie die ein-
fachen Thiere des Waldes, so würden sie sich sagen:

„In Bern, in Genf, in Zürich, in London, in Paris,
ja sogar in Berlin und Wien werden die Fürsten,
Minister, Präsidenten u. s. w. nicht regelmäßig mit Dynamit-
bomben, Dynamitminen und anderen Dynamit-Manifestationen
traktirt — wohingegen in unserem Heiligen (Sankt) Petersburg
das Dynamit zur antidynamischen Staatsinstitution geworden ist.“

Daraus ist zu schlußfolgern, daß die Luft von Genf, Bern, Zürich, London, Paris u. s. w. dem Dynamit nicht zuträglich ist, während es in unserem heiligen Petersburg gedeiht.

Und das praktische Resultat dieser Ausübung des primitivsten Schlußvermögens würde sein, daß die russischen Staatsweisen, da sie nicht gleich dem Vieh des Waldes den Aufenthalt verändern können, — daß sie die todbringenden Kräfte beiseitigen oder bannen.

So viel Verstand haben jedoch die Staatsweisen nicht: statt die Städte sicher zu machen, wo sie sich aufhalten müssen und wo die Gefahr droht, wollen sie sich dadurch retten, daß sie für die Sicherheit von Städten sorgen, in denen keine Gefahr droht.

Kann man diesen Aberwitz ernst nehmen?

Ja, die böse Wissenschaft, wenn nur sie ausgerottet werden könnte!

Die Wissenschaft, welche der Revolution Waffen liefert — schade, daß man nicht wie in den amerikanischen Südstaaten zur Zeit der Sklaverei Jeden aufknüpfen kann, der einem Sklaven, d. h. einem Unterthan die Forten der Wissenschaft erschließt.

Jede Schule, jede Universität ist eine Prüfstätte der Revolution, jedes Buch eine Urfinibombe, jede Zeitung eine Dynamitmine.

Die ganze Wissenschaft muß abgeschafft werden. Metternich und Gens begriffen es schon, daß man „hinter die Reformation“ zurückgehen müsse, um die Revolution an der Wurzel zu packen.

Freilich „hinter die Reformation zurück“ — weit, weit „hinter die Reformation zurück“ — die schwarze Kunst des Buchdrucks als Zauberei bestraft, die Kunst des Schreibens zum Hochverrath gestempelt, und das menschliche Hirn, den Erzrebell, der die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt, in die Acht erklärt und durch irgend eine noch zu ersfindende Kunst den Kindern bei der Geburt ausgehauen und durch die Landeslokard, sowie ein Exemplar der Kriegskarte und des Fahnenrechts ersetzt.

Vorkünftig scheinen die Herren Staatsweisen die nützliche und notwendige Kunst bloß für sich selber erfunden zu haben — wenigstens fehlt bei ihnen das Hirn.

Sogar in Wien hat man das Absurde des russisch-bismarckischen internationalen Revolutionsfeldzugsplans eingesehen und für die angebotene Ehre der Mühlamagie gedankt.

Der arme Teufel von jungem Jar soll vor allen Dingen einmal sehen, wie er der Belagerung seines „Luft“-Schlosses Watschina ein Ende macht. Dann mag er seine Blicke in die Ferne schweifen lassen. Einstweilen hat er genug vor der eigenen Thür zu fegen, genug und übergenug.

Also Oesterreich hat die Theilnahme am Feldzug abgelehnt. England und Frankreich haben von vornherein angezeigt, daß sie nicht zu sprechen sind. Und damit ist die Sache endgültig erledigt, die beabsichtigte „Hay“ gegen die Schweiz gegenstandslos geworden. Fast sollte man freilich glauben, in der Schweiz gäbe es Leute, die eine derartige „Hay“ wünschten — natürlich aus reinem „Patriotismus“. Diese „Republikaner“, die russischer sind als unsere bismarckische Presse, sollen doch einmal lesen, was Zeitungen wie die „Kölnische“, die „Tribüne“, der „Hamburgische Korrespondent“, und so weiter von der russischen Wirtschaft hatten, und von dem toll-underschämten Versuch, fremde Länder, die geordnete Zustände haben, für die selbstverschuldete Anarchie im eignen Land verantwortlich machen zu wollen. Bei unseren Nationalliberalen könnten diese republikanischen „Patrioten“ sich ihren Republikanismus auffrischen.

Berlin hat vor zehn Jahren den Fürsten Bismarck zum „Ehrenbürger“ ernannt. Zum Dank dafür soll es enthauptstadtet werden. Geschicht Berlin recht. Warum sehr man sich solche „Ehrenbürger“ in den Pelz. Zu bewundern ist in der Sache bloß die — Originalität Bismarcks. Daß 1848 der österreichische Reichstag von Wien nach Kremsitz und die preussische Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt wurde, sind bloß phantastische Legenden, ebenso daß 1870 die französische Hauptstadt von Paris nach Versailles verlegt worden. Der „geniale“ Fürst Bismarck kann doch kein so stümperhafter Plagiator sein!

Schon 1848 wollte er den großen Städten zu Leib gehen und hatte speziell Berlin Hannibalischen Haß geschworen. Jetzt will er den Schwur erfüllen — weil er städtische Steuer bezahlen muß. Um 500 Mark eine Revolution!

Daß dieser Mann, der seit zehn Jahren Tag und Nacht darüber brütet, welche neue Steuern er dem Volke aufhalsen kann, selber eine so gewaltige Abneigung gegen das Steuerzahlen hat, ist allerdings recht kurios und auch charakteristisch.

Land und Freiheit!*)

Der Jar ist getödtet! Getödtet von dem Kleinbürger Kuffalow und Genossen. Nicht zum ersten Mal erhebt sich eine Hand gegen den Jar. Ihn zu tödten beabsichtigten die Bauern Tschinom und Schurajew, die Arbeiter Cholturin und Presnjalow, der gewesene Boltschallcheer Solowjew und Andere.

Warum hat man dem Jar getödtet? Der hat ja die Bauern von der Leibeigenschaft befreit? Ja wohl, der Jar hat allerdings dem Bauer Land ertheilt, aber so zugemessen, daß auf jede Seele kaum ein Fußbreit Land kam. Den größten Theil des von den Bauern mit Schweiß und Blut bearbeiteten Bodens verschante er aber den Herren (Adel). Er hat auch die wahre Freiheit dem Bauer gewährt, nämlich die Freiheit, Hungers zu sterben, die Freiheit, Leib und Seele den Herren, den Kräthern, dem Ausbeuter aus den Reihen der eigenen Brüder zu verkaufen, die Freiheit — für Urjadnik's (Landespolizisten) und Tschinomnik's (Beamten), dem Bauer den Hals zu brechen! In Verlegenheit geriet er, überlegte es sich immer und immer wieder und kam zu der Ueberzeugung: die Herren und die Tschinomnik's haben die Freiheit geküßt, haben eine unechte, nicht die jährliche Freiheit proklamirt. . . .

Wie wäre es sonst denkbar, daß des Bauern Grund und Boden, mit dessen Schweiß und Blut durchtränkt, in die Hände der Herren fiel? Sowie aber der Bauer Bevollmächtigte zum Jar, um über die Freiheit sichere Auskunft und Bescheid zu bekommen, um, so bekamen

se Bescheid: der eine ging nach Sibirien, der andere wurde mittelst Schuß nach Hause transportirt!

Da haben sie die echte Freiheit zu genießen bekommen!!

Oder haben vielleicht die Tschinomnik's ohne Wissen des Jaren die Bauerndelegirten nach Sibirien verschickt? Oder hat etwa der Jar seine Gefelgenheit gehabt, den Bauern zu sehen? Haben ihn die Herren zum Bauer nicht zugelassen, so sah er doch Soldaten in Hülle und Fülle; und der Soldat ist doch derselbe Bauer!

Kein und wieder nein! Der Jar selbst befohl im Jahre 1879, den Bauern zu erklären, daß sie Grund und Boden nicht im Mindesten mehr zu erwarten haben!

Der Jar selbst — ist ja aller Herren Herr, aller Kaufleute Kaufmann, aller Wirtschafter, aller Tschinomnik's der erste.

Nun fanden sich Leute in Kurland, die dem Volke aneinandersehten, wie die echte Bauernfreiheit zu erlangen sei. . . .

Angenscheinlich aber paßte die Wahrheit dem Jar und den Herren nicht in den Kram: sie begannen jene Leute in den Gefängnissen zu martern, in unzähligen Massen nach den sibirischen Bergwerken schleppen zu lassen, zu stranguliren und zu erschießen. Für diese Grausamkeiten nun, und dafür, daß der Jar das Volk betrogen, ist er getödtet worden.

Auch vom neuen Jaren hast Du nichts Gutes zu erwarten! Den Grund und Boden den Herren zu nehmen und dem Bauer zuzuteilen, fällt ihm nicht ein, die echte Freiheit wird er nicht geben! Sich selbst und sein Herren-Gesinde wird er nicht zu kurz kommen lassen! Die Herren, die Tschinomnik's beschenken — das thut er freilich. Der gewesene Jar beispielsweise hat seinen Brüdern, den Großfürsten, den Tschinomnik's, verschiedenen Herren und Damen, von Deinem Boden zwei Millionen Desjatinen vertheilt. Der Bauer aber hat nichts und wieder nichts!

Willst Du Land und Freiheit, so nimm sie selbst mit Gewalt!

Diese Sache aber muß gemeinsam, von Allen gleichzeitig in Angriff genommen werden. In alle russischen Lande sind Bevollmächtigte zu schicken, von Dorf zu Dorf, von Ort zu Ort, von Stadt zu Stadt. Um Freiheit erlangen zu können, müssen alle sich unter einander verständigen. Das Volk ist die Macht. Was es will, muß geschehen!

Vor Allem — seinen eignen Grund und Boden zurückzunehmen, dem Jar keine Steuern zu zahlen und keine Rekruten zu geben!

Da mag der Jar sehen, wo er bleibt! Da wird er mit allen seinen Herren zusammengeworfen nicht gegen die Bauern anzurichten vermögen.

Einer für Alle, Alle für Einen, die Haut nicht schonend!

Dann wird Niemand mehr Unkraut und Holzrinde zu essen oder vom Almosen zu leben genöthigt sein!

Kämpfe, Bauer, für die reine Wahrheit, für Dein Land und Deine echte Freiheit!

Stehen wir Alle wie Ein Mann für die Freiheit, für „Semlja i Wolja“!

14./26. März 1881.

Fliegende Druckeri des Bundes „Semlja i Wolja“
St. Petersburg.

Festschrift
des Geheimbundes
„Semlja
und Wolja“.

Aus der Rede unseres Genossen Bebel

über den

Arbeiter-Anfall-Versicherungs-Gesetz-Entwurf.

Gehalten in der Sitzung vom 4. April 1881.

(Nach dem stenographischen Bericht.)

(Schluß.)

Der Abend dieser, die Stellung unserer Partei zu dem Unfallversicherungsgesetz charakterisirenden Rede hat mehr Zeit in Anspruch genommen, als wir ursprünglich vorausgesehen. Wir glauben daher im Interesse unserer Leser zu handeln, wenn wir zum Schluß einige Abzweigungen vornehmen.

Bebel wendet sich im weiteren Verlauf seiner Rede zur Frage der Reichsunfallversicherungsbank und widerlegt die gegen dieselbe, meist von liberal-fortschrittlicher Seite erhobenen Einwände. Nachdem er dieselben angeführt, fährt er fort:

„Meine Herren, alle diese Einwände lasse ich in keiner Weise gelten. Ich glaube, daß diese Einwände sehr leicht zu widerlegen sind. Zunächst also betone ich noch einmal, die Konzentration des gesammten Unfallwesens in einer einzigen Hand erleichtert sehr bedeutend den Ueberblick über das gesammte Unfallwesen; denn selbstverständlich muß mit der Einführung eines derartigen Unfallgesetzes auch die Verpflichtung verknüpft sein für die Arbeitgeber, jeden Unfall, und da wir auf alle Unfälle selbstverständlich vom ersten Tage ihres Eintritts die Haftpflicht ausgedehnt wissen wollen, also auch die Arbeitgeber genöthigt sind, jeden eintretenden Unfall sofort an die betreffende Reichsunfallbehörde zu melden.

Das ist, meine Herren, gar keine Erschwerung des Verkehrs, denn die Arbeitgeber sind auch gegenwärtig verpflichtet, die sofortige Anmeldung auch den Privatunfallbanken zu machen, weil diese zur Feststellung der Versicherungsentschädigung dieser Meldung bedürfen. Der Arbeiter muß sogar ein ärztliches Attest beibringen, daß der Unfall wirklich vorgekommen ist, in der und der Weise den Arbeiter geschädigt hat. Ebenso hat der Arbeiter, sobald er wieder geheilt ist, wiederum ein ärztliches Attest beizubringen, daß er bis zu dem und dem Tage nicht gearbeitet und demgemäß die entsprechende Entschädigung zu beanspruchen hat. Hier tritt der bedeutende Unterschied des Vortheils einer derartigen Anmeldung bei der Reichsunfallbank im Vergleich zu der bei den verschiedenen Privatunfallbanken recht drastisch in den Vordergrund.

Die Privatunfallbank ist immer nur in gewissen Bezirken und häufig nur sporadisch vertreten, sie ist dabei genöthigt, Agenten zu halten, die mehr oder weniger über ganz Deutschland ihre Thätigkeit ausdehnen, um bald hier bald dort irgend einen thätigen Gewerbetreibenden in ihre Unfallbank hereinzuholen zu können, ohne zu fragen, ob die Unfallbank bereits eine Reihe ähnlicher Gewerbetreibender in ihrer Versicherung hat. Die Privatbank ist also dabei sehr bedeutend in ihrer Kontrolle und in ihrer Urtheilsmöglichkeit beschränkt, ob die Gefahrenklasse, die sie dem betreffenden Betriebe zuweist, gerade die richtige ist.

Ganz anders, wenn die Reichsunfallversicherungsbank es in der Hand hat, ganz anders, wenn in einer bestimmten Zentralfstelle des Reichs die gesammten Anmeldungen der Vorfälle allmonatlich und alljährlich zusammenzufassen. Damit wird innerhalb weniger Jahre ein so umfassendes Material gesammelt und dadurch eine genaue Kontrolle des gesammten vorerwähnten Unfallwesens erzielt, daß auf Grund dieser Kontrolle, auf Grund dieser massenweise gesammelten Thatfachen die Reichsbehörden in der Lage sein werden, in weit besserer, weit zuverlässigerer Art die Versicherungsprämien bemessen zu können, als dies je einer Privatunfallversicherungsbank möglich wäre.

Weiter wird von Bebel mit Recht bestritten, daß die Reichsunfallversicherungsbank weniger konstant sein müsse als die Privatbanken, und dem gegenübergestellt, daß sie enorm weniger Unkosten haben wird. Bebel fährt fort:

„Was endlich den Mangel an geeigneten technischen Kräften anlangt, so behaupte ich, meine Herren, laß auch in dieser Beziehung die Staatsunfallbank genau ebenso und vielleicht noch mehr im Stande ist, die geeigneten Kräfte heranzuziehen wie irgend eine Privatversicherungsbank. Das haben ja bereits die bezüglichen Staatsverwaltungen im Eisenbahnwesen, im Bergwesen u. s. w. im ausreichenden Maße bewiesen. Ferner spricht im höchsten Grade für die Reichsunfallbank, daß

dieselbe im Stande ist, durch die genaue Uebersicht, die sie in Folge der Anmeldung aller Unfälle über unser ganzes bestehendes Industrie- und Gewerbebetriebe bekommt, mit Hilfe der Fabrikinspektoren, die in diesem Fall selbstverständlich bedeutend an Zahl zu vermehren sein dürften, ich sage, daß sie in der Lage sein dürfte, alsdann auch geeignete Berordnungen erlassen zu können, kraft deren die einzelnen industriellen Genossenschaften, Schutzmaßregeln für ihre Arbeiter einzutreten zu lassen mehr und besser, als dies bisher der Fall war. Es ist bereits bei Gelegenheit der Beratung des Haftpflichtgesetzes vor zehn Jahren festgestellt worden, daß schon damals die Fabrikinspektoren konstatirt haben, daß es sehr leicht möglich sei, durch geeignete Schutzmaßregeln allmählich die Zahl der Unfälle um 25 bis 30 Prozent zu vermindern.

(Hört! links.)

Es ist auch damals, meine Herren, insbesondere von einem Fachmann, dem Bergbauinspektor Ulrich, die Ansicht vertreten worden, daß sogar in einem der notorisch gefährlichsten Betriebe, dem Bergbau, nach den vorhandenen technischen Kenntnissen der Betrieb in den Bergwerken nahezu gar keine größeren Unfälle mehr vorzukommen brauchten.

(Hört! links.)

Dem widerspricht allerdings, meine Herren, in sehr bedenklichem Grade die Thatfache, daß wir trotzdem seit jener Zeit eine sehr große Zahl von Unglücksfällen hatten, daß bei einer ganzen Reihe von Knappschafts- und Knappschaftsverbänden deren Leistungsfähigkeit und deren Erziehungsfähigkeit in Frage gestellt ist, und zwar im höchsten Grade in Frage gestellt ist. Das kann einzig und allein nur möglich sein, weil bisher das Auffichtswesen über die Bergwerke und die Vorsichtsmaßregeln in denselben nicht in demjenigen Grade gepflegt worden sind, wie es nun unumgänglich notwendig wäre und nach dem Stand unserer technischen Kenntnisse möglich ist. Wenn nun aber in einer allgemeinen Reichsunfallbank alle Bergwerke gewissermaßen solidarisch mit für die Schäden des Bergbetriebs eintreten müßten, dann, meine Herren, habe ich auch die Ansicht, daß gerade aus den Kreisen der Arbeiter selber, die jetzt derartige Fälle möglichst zu vertuschen gesucht haben, daß da, sage ich, in der allerentschiedensten Weise die Herabsetzung laut werden wird, daß Unfälle möglichst zu den Unmöglichen gehören, selbst auf die Gefahr hin, daß damit die Kohlenpreise in der That um eine Kleinigkeit erhöht werden müßten.

(Sehr richtig! links.)

Es wird ferner ein sehr gewichtiger Einwurf gegen die Reichsunfallbank dadurch erhoben, daß man sagt: ja, sie schädigt das Privateigenthum, sie ruinirt eine ganze Anzahl bereits bestehender Kassen, sie legt eine ganze Anzahl von Menschen, die ihre Erzielen in den Unfallbanken finden, in ihrer Erzielen in Frage. Meine Herren, auch das halte ich nicht für richtig. Was die Beamten betrifft, so meine ich, sei es nicht nur christlich, weil dieser Standpunkt in den Motiven so stark betont wird, sondern es sei auch sogar für das Gedeihen der Reichsunfallbank notwendig, daß sie besteht ist, diejenigen Beamten, die gegenwärtig in den Privatunfallbanken thätig waren, in erster Linie in der Reichsunfallversicherungsbank anzuheften.

Ich bin mit dem Herrn Abgeordneten Richter darin vollständig einverstanden, daß der § 52 der gegenwärtigen Vorlage, der von der Ansicht ausgeht, daß überhaupt direkte Beamte nicht notwendig seien, auf einer großartigen Illusion beruht. Dann lassen Sie, wenn Sie das wollen, die ganze Reichsunfallbank lieber weg, denn dann ist sie absolut unmöglich. Man hat, scheint es, hier dem partikularistischen Standpunkt eine Konzession machen zu müssen geglaubt. Nun bin ich der Meinung, daß doch die allgemeinen Volkinteressen über den Interessen der einzelnen Partikularstaaten resp. deren Regierungen stehen, die da meinen, es sei ein gefährliches Ding, wenn wiederum neue Reichsbeamten geschaffen würden. Meine Herren, wir sind es nicht, die für die Vermehrung der Beamtenwelt schwärmen — aber wenn Beamte notwendig werden, deren Thätigkeit für das allgemeine Wohl und speziell zum Vortheil der unterdrückten Klassen angewandt werden soll, wie dies bei dem Versicherungswesen, wenn er in der von uns bezeichneten Richtung konstruirt wird, der Fall ist, stimmen wir mit Vergnügen dafür. Auch werden wir keine eigentliche Vermehrung der Beamten bekommen, wenn, wie von mir angegeben, bei der Reichsunfallbank die Beamten der Privatunfallbanken so weit als möglich in Thätigkeit treten.

„Ja, meine Herren, die Reichsbank! Sie haben gehört, wie Herr Dr. Vamberger sich vor ein paar Tagen in seiner großen Rede gegen die Reichsunfallbank erklärt hat. Derselbe Herr Dr. Vamberger aber war einer der energischsten Vertreter der Reichsbank. Da haben alle Bedenken, die er gegen die Reichsunfallbank hat, in keiner Weise bestanden, und doch, meine Herren, sind der Reichsbank gegenüber allen Privatunfallbanken Privilegien in so exorbitantem Maße zugestanden worden, daß es sich fast lohnt, etwas näher darauf einzugehen, nur um darzutun, wie ganz anders diese Reichsbank in die Thätigkeit der Privatbanken und deren materielle Erzielenbedingungen eingegriffen hat.

(Sehr richtig! links.)

„Und nun, meine Herren, ist das etwa wie hier bei unserer Vorlage zu Gunsten der Allgemeinheit, zu Gunsten einer sehr großen Zahl armer nothleidender Mitmenschen geschehen? Nein, meine Herren, zu Gunsten einer ganz kleinen Zahl von Kapitalisten, denen man die Möglichkeit gegeben hat, ihre Kapitalien in die Reichsbank einzuschließen, und zu deren Gunsten das deutsche Reich die Verpflichtung übernimmt, in bester Weise für sie zu sorgen, ihre Privatinteressen wahrzunehmen, so daß in Wahrheit das deutsche Reich der Kommiss einer kleinen Zahl reicher Aktionäre ist, für die es arbeitet und denen es alljährlich, ohne daß die Betreffenden die geringste Arbeit verrichten, einen sehr schönen Gewinn in die Tasche spielt, einen Gewinn, der im Laufe der Jahre sich noch bedeutend erhöhen wird.

(Sehr richtig! links.)

Ja, meine Herren, da haben die Herren Vamberger und Genossen nichts dagegen einzuwenden gehabt, damals handelte es sich ja um ein Reichsinstitut, das zum Vortheil, und zwar zum ausschließlichen Vortheil der bestehenden Klasse errichtet wurde. Und jetzt, wo es sich darum handelt, eine Unfallbank zu konstruiren, die den armen Gesellschaftsklassen, den Enterbten der Gesellschaft, wie der Herr Reichsanwalt sich so treffend ausdrückte, zu gute kommen soll, da steht er plötzlich auf einem entgegengesetzten Standpunkt, da will er von einer solchen Einrichtung nichts wissen und macht sie so schwarz als möglich.

Hiermit bin ich mit meiner Kritik des Entwurfs in seinen Hauptbestimmungen zu Ende.

Freilich, ich gestehe Ihnen ganz offen, ich beweise sehr, daß Sie geneigt sind, diesen unseren Vorschlägen beizutreten, ich beweise dies hauptsächlich daraus, weil hier bei diesem Gesetze genau in derselben Weise wie bei einer Anzahl anderer Gesetze sich der Interessengegensatz der verschiedenen Schichten, in welche die herrschenden Klassen gespalten sind, bemerkbar machen wird. Was, meine Herren, ist denn der Hauptgrund, weshalb wir überhaupt zu keiner klaren prinzipiellen Gesetzgebung mehr kommen, woran liegt das? Weshalb kommt die Klage, daß, wenn heute ein Gesetz erlassen ist, nach zwei bis drei Jahren allerlei Reformvorschlüsse und Änderungen notwendig sind? Einfach daher, weil man den prinzipiellen Standpunkt, von dem allein aus Gesetze gemacht werden dürfen und sollen, vollständig ausgegeben hat, weil der reime momentane Zweckmäßigkeitsstandpunkt an Stelle der Prinzipien und der prinzipiellen Auffassung und Durchführung getreten ist.

*) Zweifelsohne ein Druckschreiber im Stenogramm an Stelle von Unternehmer.

Und nun noch eins, meine Herren, Sie alle, wie Sie da sitzen, mit Ausnahme meiner Fraktion, die Sie in Ihren Anschauungen, Ihren Wünschen, Ihren Interessen verschiedenartig sind, Sie stimmen in dem einen überein, in der Bekämpfung der Bestrebungen der Sozialdemokratie; aber sobald nur Fragen auftreten, die Ihr eigenes Interesse berühren, so tritt jede Fraktion mit demjenigen Gesichtspunkte an die Prüfung dieser Gesetze, welche sie auf Grund der Interessen der sozialen Schicht, aus welcher sie vorzugsweise ihre Mitglieder rekrutiert, gewissermaßen anzunehmen gezwungen ist. Meine Herren, ich erkläre Ihnen, so verschiedenartig die Fraktionen sind, in die der Reichstag sich theilt, ich möchte mich anheischig machen, nachzuweisen, wie jede dieser Fraktionen in Wahrheit einer bestimmten sozialen Schichtenbildung unserer Gesellschaft entspricht und dementsprechend ihre Interessen bei der Gesetzgebung zu vertreten sucht. Da nun bei dieser Gesetzgebung der Interessengegensatz der verschiedenen Schichten in der eskalantesten Weise zum Ausdruck kommt, und keine Fraktion stark genug ist, ihre Gesichtspunkte ausschließlich zur Geltung zu bringen, so ist sie genöthigt, Kompromisse abzuschließen. „Kompromiß“ bedeutet: Handeln, „Kompromiß“ bedeutet: Aufgeben der Grundsätze, Aufgeben der Prinzipien, und die notwendige Folge davon ist, daß Sie eine grundsatzlose, prinzipienlose Gesetzgebung zum Ausdruck bringen. Das, meine Herren, dürfte auch diesmal beim Unfallversicherungsgesetz der Fall sein, wir haben also in Wirklichkeit gar keine Ursache, zu befürchten, daß Sie mit diesem Gesetz schädigen werden, ich glaube im Gegenteil, die Sozialdemokratie dürfte aus der Behandlung, die dieses Gesetz durch den diesjährigen Reichstag erfährt, neue Nahrung und neues Gedeihen schöpfen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sozialpolitische Rundschau.

— Aus Berlin, 15. Mai, schreibt man uns: Die Liberalen sind wirklich ebensowenig im Stand, etwas zu lernen als zu vergessen. Keine Dummheit, die sie verliert, können sie vergessen, aus keiner Aktion, die ihnen appliziert worden, können sie lernen.

Vor den letzten Wahlen, als Jedermann wußte, daß die „Saubere“ auf den Liberalismus inszeniert werden sollte, als das geflügelte Wort: sie sollen an die Wand gedrückt werden, daß sie quitierten! von den Späzen herumgeworfen ward, suchten sie dadurch das Gewitter zu beschwören, daß sie sich mit dem Esel des Klaviers, der ein Lächeln des Herrn verdienen will, in die Sozialistenhahnen fügen.

Sie verrichteten die schmutzige Arbeit für Bismarck; und — machten es ihm möglich, das „An die Wand drücken“ mit ungetheilten Kräften zu besorgen. Man erlaube ihnen noch gnädigst, das Sozialistengesetz zu apportieren und dann kam die Generalabschlachtung der „An die Wand gedrückten.“

Sie hat eine Vorlesung schimmere Erfahrungen gemacht, nie ist die Gemeinheit und Prinzipienlosigkeit grausamer bestraft worden.

Die nationalliberale Partei ist zerprengt, aufgelöst worden. Sie regiert nur noch in einem verächtlichen Kumpel, der nicht leben und nicht sterben kann. Der verächtliche Kumpel hat nichts gelernt und nichts vergessen, und quält sich jetzt, angesichts der bevorstehenden Wahlen ab, die Dummheit des Jahres 1878 zu wiederholen, und durch lächerliche Denunziationsgeschäfte gegen die Sozialisten die Protektion, oder doch wenigstens die Schonung Bismarcks zu erlangen. Ich glaube, man wird vergeblich die Geschichte der Presse aller Länder nach einem Beispiel ähnlicher Niedertretend und Knechtlichkeit durchsuchen, wie die nationalliberale Presse es jetzt darbietet.

Auf der einen Seite das kläglichste Gewinsel, daß man Bismarck nicht in jeglichem Punkte nachgeben, daß man ihm zwar das Opfer des Intellekts der Gesinnung und des Prinzipis mit Wohlmut darbringe, aber doch nicht aufhören könne, zu vegetieren.

Und auf der anderen Seite ein hysterisches „Hepp Hepp“ gegen die Sozialdemokratie, mit obligaten Lügen und Verleumdungen. Die böse Sozialdemokratie plant Mord und Todschlag, Raub und Plünderung; gegen die Sozialdemokratie erlaubt der biedere Staatsretter die Nationalliberalismus Alles, gegen sie ist er zu allen Hand- und Spanndiensten bereit. Nur soll Bismarck ihm dafür sein bißchen Leben lassen.

Es ist wirklich eckhaft; wäre es das nicht, so wäre es hochkomisch, denn diese Jämmerlinge sind weder in der Lage, der Sozialdemokratie noch dem Reich Bismarck nützen oder Schaden zu können. Konstatirt muß aber werden, daß die liberale Presse jetzt wieder, wie 1878, der sauberen „Norddeutschen Allgemeinen“ an Gemeinheit und Speichelakteserischer Servilität erfolgreich den Rang ablaufen hat.

Da die sächsische Regierung sich bis jetzt gegen die Proklamirung des „kleinen Bürgerkriegs“ erst über Leipzig und dann den Rest des Landes hartnäckig sträubt, so werden wir demnach wohl von irgend einer Botschaft hören, zumal aus dem pomphaft angeklagten „Hochrathesprozeß“ einiger unglücklicher „Freiheit“-Empfänger nichts geworden ist. Es wird von furchtbaren Drohbrieffen an den Reichstagsler gestanden, von einem „zweiten Kuffstoffs“, von „mysteriösen Fremdlingen“ in Berlin u. s. w. Es wird sogar hinzugefügt, zuverlässiger Information gemäß sei die Sicherheit in der jetzigen Reichshauptstadt so gefährdet, daß sich die Wegverlegung des Sitzes der Regierung und der Kammern schon aus diesem Grunde notwendig mache.

Diese Schanergeschichten sind natürlich an die Adresse des Heldenreiches und seiner Familie gerichtet, dürften jedoch ohne irgend eine tatsächliche Unterstützung die beabsichtigte Wirkung kaum erreichen. Es dürfte also in nächster Zeit, das heißt nicht zu früh vor den Wahlen, das eine oder andere Komplottchen entdeckt werden. Die „Arme“ „Gewaltener“ muß doch das viele Geld, das sie kostet, auch verdienen.

Die „internationale Kampagne“ ist noch kläglich verlaufen, als wir schon anfangs vermuteten. Die französische Regierung, bei der die russische die nötigen Anfragen besorgte, hat mit einem kategorischen Non possumus geantwortet, das durch den erwachsenen Streber Gambetta, der die Chance einer französisch-russischen Allianz nicht verlieren will, mit süßen Privatversprechungen, die leider keinen Centime werth sind, überzuckert ward. Und die englische Regierung hat bei den ersten Andeutungen des russischen Gesandten (der bei Gladstone Hahn im Korbe ist) so energisch die Unmöglichkeit eines selbst nur formellen Zugeständnisses an die internationale Reaktion betont, daß von einer amtlichen Mittheilung der sauberen Mission ganz abgesehen wurde. Unter solchen Umständen ist das saubere Projekt begraben worden, was freilich nicht verhindert, daß es noch Monate lang in der Presse herumspudeln wird.

Ob die republikanischen Jarenverächter in der Schweiz nun noch auf eigene Faust und aus eigener Reigung einen Feldzug gegen das Asylrecht unternehmen werden? Auf den bekannnten Dank des Fürsten Bismarck wäre zu rechnen.

— Die Kommission für die Durchberatung des Unfallversicherungsgesetzes hat ihre Beratungen abgeschlossen, und wenn dieses Blatt die Presse verläßt, wird wahrscheinlich die zweite Lesung schon begonnen haben. Diefelbe wird wahrscheinlich nur ein anfängliches Begräbniß für das Bismarckische „soziale Reformwerk“ sein, denn wie Babel treffend am Schluß seiner Rede voraussetzte, bilden es die entgegengegesetzten Interessen der verschiedenen Gruppen im Reichstage gar nicht, daß ein prinzipielles Gesetz, ein Gesetz aus einem Gufe, zu Stand kommt. Der Entwurf war schon in seiner ursprünglichen Form eine Mißgeburt, die hohe Kommission aber hat ihn zu einem Wechselfalg hergerichtet, an dem Niemand, außer etwa Herr Stumm ein Interesse, geschweige denn Freude hat.

Die Kommission hat den Versicherungsbeitrag der Arbeiter angenommen, während Bismarck, wie jetzt offiziell mitgetheilt wird, auf dem Reich-

stags beschloß. Gegen Beides aber werden unsere Abgeordneten entschieden eintreten und stimmen, denn Beides ist eine durch nichts gerechtfertigte Unterthürung der Arbeitgeber. Es wird also schon hieran das Gesetz wahrhaftig scheitern, abgesehen von seinen anderen Fehlern. Was werden ihm seine Thron nachweinen, sein Schicksal aber liefert uns einen neuen Beweis dafür, daß an den Interessengegensätzen der herrschenden Klassen heute jede wahrhafte soziale Reform scheitern muß, wenn sie nicht von den Arbeitern erzwungen wird. Aus der ganzen Verathung werden als Sieger einzig und allein wir hervorgehen und den deutschen Arbeitern zurufen: Unsere Abgeordneten haben den Herren gezeigt, wie das Unfallversicherungsgesetz beschaffen sein muß, aber weder Euer angeblicher Freund, der allmächtige Reichstagsler, noch die übrigen Abgeordneten wollten und konnten ein solches Gesetz zu Stande bringen. Die Einen wollten auf Kosten der Andern, Alle auf Eure Kosten, ihre Spezialinteressen schützen. So lange ihr also Bismarck oder konservativ-liberal-demokratisch wählt, so lange wird Euch nicht geholfen; man wird Euch demnachst an die Urnen rufen, Ihr wißt jetzt, für wen Ihr zu stimmen habt.

So werden wir zu den Arbeitern sprechen. Dant, Bismarck, daß Du uns dazu verholfen!

— Bei der Debatte über die Innungsvorlage haben unsere Genossen Kuer und Hartmann mehrmals feistig eingegriffen und den Herren Innungsschwärmern verschiedene derbe Wahrheiten gesagt. Selbstverständlich werden unsere Abgeordneten gegen das ganze Gesetz stimmen, denn es ist der heilloseste Blödsinn, der je aufgesetzt wurde, nur bestimmt, den Spießbürgern Sand in die Augen zu streuen dadurch, daß man ihnen wieder mehr Macht über die Arbeiter — verspricht. Die Herren Fabrikanten lachten sich ins Häufchen über die dummen Handwerker, die ihnen die Kapstanen der Arbeitsbücher aus dem Feuer holen; den dummen Erbsen von Handwerkern aber, die da meinen, es sei schon alles besser, wenn sie wieder das Recht haben, ihre Arbeiter recht zu treten, geschieht ganz recht, wenn sie mit dem Innungsgesetz gründlich über den Köffel barbiert werden. Hielten wir es nicht für unsere Pflicht, unter allen Umständen unser Prinzip aufrecht zu erhalten, wir möchten jaß, daß unsere Abgeordneten für dieses famosse Gesetz stimmen — aus Bosheit.

Einige Stellen aus den Reden unserer Abgeordneten glauben wir wenigstens anführen zu müssen, nachdem die Zeitungen ihnen das horrendeste Zeug in den Mund gelegt.

Am 11. Mai sagte Hartmann:

— „Meine Herren, gerade der Arbeiterstand in unserer heutigen Gesellschaft weicht im Durchschnitt mehr und besser, was ihm gut und nützlich ist, als viele Handwerker, denen Sie durch dies Gesetz helfen wollen. Es ist eine Thatsache, daß ein großer Theil des Handwerkerstandes die geschäftliche Entwicklung der Zeitgeist, durch welche seine schlechte Lage bedingt wird, nicht richtig beurtheilt, der größte Theil der Handwerker, welche dies Gesetz wünschen, rekrutirt aus einer Zeit, wo unsere heutigen Verhältnisse und die Ausflührung derselben noch weit zurück war, daher kommt es, daß er auch eigentlich über das, was ihm heute gut und nützlich ist, noch keine klare Ueberfahrt hat.“

Es ist leider eine Thatsache, daß in den Reihen der Handwerker sich ein Bedauern fühlbar macht, entsprechend der vergangenen Zeit wieder etwas herrschen zu wollen, und diesem Bedürfnis will man nun entsprechen, indem der Geselle und Arbeiter in seinen jetzigen Rechten und Freiheiten bedrückt gefürzt wird. Aber Druck erzeugt Gegenruck, und so wird es kommen, daß dann, anstatt eine Harmonie zu schaffen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, das Gegentheil stattfinden wird.“

Zu jeneren Verlauf sagte Kuer:

— „Ich erkläre hier ausdrücklich, daß ich es an und für sich für falsch halte, daß den Innungen solche Rechte, wie sie die §§ 97 und 97a in Bezug auf die Gesellen enthalten, eingeräumt werden. Es wird das nur Anlaß zu unendlichen Streitigkeiten geben, wie ich denn überhaupt gegen das ganze Gesetz stimmen werde, ob mit 1000 oder ohne denselben, das ist mir ganz gleichgültig, denn ich stehe mit meinen Anschauungen nicht auf dem Boden, auf welchem die Gesetzesvorlage sich bewegt. Ich muß aber vor allem dagegen protestieren, daß entgegen dem heute bestehenden Zustande den Meistern wieder Vorrechte eingeräumt werden sollen, die wir alle zusammen glauben längst begraben zu haben. Die Gesetzesvorlage geht, soweit von Arbeitern die Rede ist, immer von der Voraussetzung aus, daß die Meister unter allen Umständen die Klügsten, die Besten und Einsichtsvollsten seien, aber diese Voraussetzung ist falsch. Thatsache ist, daß gerade jetzt nach Einführung der Gewerbefreiheit ein großer Theil der Gewerbetreibenden, die, wenn sie jetzt aus der Lehre kommen, nicht die Kraft und den Muth in sich fühlen, in die Welt hinaus zu gehen, um dort im Handwerk sich noch mehr auszubilden, um erst zu lernen, was das Handwerk bietet, daß die zu Hause bleiben und Meister werden. Und diese Meister selbst haben, diese aller Spannkraft entbehrenden Elemente, die, zu Hause sitzend, nichts gelernt und nichts gesehen haben, denen wollen Sie das Recht einräumen, daß sie über die Raffengelder derjenigen Gesellen, die draußen in der Welt waren, das freie Verfügungsrecht haben?“

— Festungeln. Herr Eugen Richter, der fortschrittliche Maulheld, glaubte bei der Innungsdebatte einen großen Trumf anzuzuspielen, indem er Herrn Stumm vorwarf, einen an und für sich guten Antrag nicht angenommen zu haben, weil er von der Fortschrittspartei ausgegangen sei. Dabei hat Herr Richter natürlich ganz vergessen, wie er im Jahre 1877 bei seiner famosse Rede gegen die Wiederwahl Hasenklovers die Phrase anspielte, die Sozialdemokratie schade nur im Reichstage; denn nur dadurch, daß ein Antrag von ihr ausginge, sei es allen übrigen Parteien — inklusive Fortschrittspartei natürlich — unmöglich, dafür zu stimmen. Herr Richter hat also gar kein Recht, über Herrn Stumm den Stab zu brechen. Es ist Einer so ehrenwerth wie der Andere.

— Huzsch, die Angst! Der „eiserne“ Kanzler läßt jetzt einen Gesetzentwurf ausarbeiten, nach welchem die Anfertigung von Dynamit, Pulver u. s. w. auf die Sprengkassen zum Reichsmonopol erklärt werden sollen. Warum nicht lieber gleich die ganze Chemiewissenschaft zum Reichsmonopol erklären? Da läge doch wenigstens „Reinheit“ darin. So aber, wo jeder Sekundanter, wenn es darauf ankommt, Dynamitbomben anzufertigen versteht, ist die ganze Maßregel nichts als der helle naakte Wahnwitz, wobei noch der schönste Umstand der ist, daß die russischen „Dynamiter“ das nötige Dynamit, wie es scheint, direkt aus den kaiserlichen Arsenalen bezogen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat zwar unter den Garde-Offizieren noch wenig Anhänger, desto mehr aber unter den Bersaglieren. Da läßt sich nun auch bei der schärfsten Kontrolle gar nicht verhindern, daß die Bersaglieren, wenn es ihnen darauf ankommt, Dynamit in kleineren Portionen für sich zurückbehalten und ansammeln, und es heute z. B. in den Bergbaudistrikten bereits üblich geworden, zum Spalten knorriger Holzstücke ein solches Dynamit anzuwenden. Kurz, so oder so, geheimer Herr Reichstagsler, wider das Dynamit ist kein Krant gewachsen. Aber, die Furcht macht blind, sagt ein altes Sprichwort. Oder ist die Furcht vielleicht nur Vorwand, um ein gutes Geschäft mit dem neuen Monopol zu machen. Wäre gar nicht so übel. Wer die Juden so haßt, wie Bismarck, der hat gewöhnlich selbst so'n Bißchen jüdischen Geschäftssinn. Es sind ja immer die gleichen Vögel, die sich abstoßen.

— Die Fraktion Kullmann an der Arbeit. Die vierjährige Legislaturperiode war bekannntlich, da über sie in Verbindung mit der zweijährigen Etatsperiode abgestimmt werden mußte, in der Endabstimmung gefallen, jetzt will nun die Zentrumspartei in Ver-

bindung mit Konservativen und der Reichspartei zu der Regierung in einem selbständigen Antrag apportieren. Die Herren Windthorst, Schorlemer u. s. w. wollen schachern und da könnten ihre Parlamentarische ebenso wadlig werden als die der Liberalen, also schnell der Riegel vorgeschoben. Glende Gesellschaft!

— Nur Muth! Da Bismarck mit aller Gewalt Hamburg zum Eintritt in den Zollverband zwingen will, so haben sich die Hamburger endlich entschlossen und planen — eine Petition an den Kaiser. Furchtbares Mittel.

— Den Bismarckischen Polizeisozialisten, zu denen sich jetzt auch noch ein gewisser Reigner, früher Hauptanhänger Hoffmanns, gesellt hat, haben die Berliner Arbeiter einmal wieder gezeigt, daß sie von ihnen und ihrem Herrn und Meister nichts wissen wollen. Eine am 30. Mai von den Herren abgehaltene öffentliche Arbeiterversammlung, für welche dieselbe sich circa drei Redner aus Hamburg verschrieben hatten, wählte mit überwiegender Majorität einen Sozialisten zum Vorsitzenden. Wie immer, wo Sozialisten eine Versammlung leiten, konnte der Referent, der obige Reigner, seinen Vortrag ruhig zu Ende führen, als aber in der Diskussion einige Arbeiter ihm entgegen-traten, da vollführten die Bismarcker ein solch antisemitisches Geheul, bis der überwachende Polizist die Versammlung wegen Unmuthes schloß. Es sei dann noch zu einer furchtbaren Prügelei gekommen, berichten die Zeitungen, und wir glauben wohl, daß das Gebahren der elenden Ver-räther die Wuth der Berliner Arbeiter bis aufs höchste gesteigert hat. Bedauerlich bleiben solche Szenen schon deshalb, weil die Hauptthatsache sich gewöhnlich drücken oder hinter der Polizei verbergen.

— Aufgelöst wurde in Berlin eine Pagenversammlung, als einer der Redner, Maurer Schulz, es rügte, daß an der Stadthalle Sonntags gearbeitet werde. Ist das gesetzlich? fragen einige Wiederwähler. Den Teufel auch, habt Ihr denn bis jetzt geschlafen? Der Herr Polizeikommissar langweilte sich — er hatte vielleicht ein Rendezvous mit ein paar Freunden, und da löste er eben die Versammlung, die ihn zu lange dauerte, auf. Was! Gesetzlich? Gründe? Unjam, gib's nicht.

— Im Meiningischen zirkulirt eine Petition an den Reichstag um Abänderung und Revision des Militärstrafgesetzbuches und der Militärstrafgerichtsordnung im Interesse eines wirksameren Schutzes der Rekruten gegen die Schindereien durch die Vorgesetzten. Sonderbare Schwärmer, diese Meiningen! Das Schinden und Schuhrigeln gehört ja doch zum System, wie die Klänge zum Schwert. Was würde aus dem herrlichen Kriegsheer, wenn die preussische Subordination nicht zur äußersten Konsequenz durchgeführt bliebe. Der Soldat hat sich von seinem Vorgesetzten eher tödlich schlagen zu lassen, ehe er sich zur Wehr setzt, so steht die Sache, und wir glauben, der Hohenzoller gäbe lieber den preussischen Staatshaushalt heraus, als daß er auf die göttliche Subordination Verzicht leistete. Darum, liebe Meiningen, nur keine Illusionen!

Schaden kann es übrigens nicht, wenn die hundemäßige Behandlung der Soldaten wieder einmal zur Sprache gebracht wird. So etwas „untergräbt“ auch.

Ein begnadigter Halluzin. Der infame Soldatenschänder, Schenk von Weyern ist mittels „allerhöchster Entschliebung“ ein halbes Jahr seiner ohnehin viel zu milden Festungshaft in Gnaden erlassen worden. Die gute allerhöchste Majestät! Hätte eines der Opfer des graufamen Schurken in gerechter Aufwallung auch nur versucht, sich gegen ihn zur Wehr zu setzen, fünf Jahre strenger Kerker wäre ihm sicher gewesen und der künftige Wundschleichschwärmer von Bayern hätte sich den Teufel um ihn gefieert.

Es ist haarsträubend, was sich das deutsche Volk Alles bieten läßt!

— Große Studentenunruhen meldet man von verschiedenen deutschen Universitäten. Protestirt die jugendliche Intelligenz gegen die um sich greifende Reaktion? Ach nein, in Leipzig und Berlin standhalten die christlich-germanischen Judenreifer, in Göttingen die ob der auf 12 Uhr Nachts festgesetzten Polizeistunde empörten Kneipgenies. Schande und Schmach über diese „Blüthe der Nation!“

— Wilhelmsspenden regnet es lustig fort. In Mainz ist Unterfuchung eingeleitet, weil Bebel eine geheime Versammlung dafelbst abgehalten haben soll. — Die Gesangvereine „Liederlust“ (Hanau), „Liederkrone“, „Erinnerung“ (Stötterich) und „Lira“ (Gobli) sind verboten worden. Wo man singt, da laß dich ruhig nieder. — In Hamburg wurde ein 16jähriger Seemann wegen Verdachtes der Verbreitung sozialistischer Schriften verhaftet, die ultramonarche, Rhein- und Viehzüchtung ist wegen Abdruck einer Stelle aus dem Sozialdemokrat angeklagt worden. In Heilbronn haben sechs Familienväter wegen Verdachtes der Verbreitung verborener Schriften über fünf Wochen sitzen müssen, wann wird man in Deutschland endlich an Entschädigung der — Polizisten für die unnütz angefangenen Sorgen denken! — In Frankfurt a. M. ist ein Schuhmann, der auf einen Sozialisten mit der saßen Klänge losgehauen hatte und zu drei Wochen verurtheilt worden war, begnadigt worden. Hoffentlich avancirt er bald. — In Chemnitz, in Dresden, in Stuttgart u. s. w. Hausfuchungen und Verhöre wegen eines Prozeßes Hillmann und Genossen, der eine reine Sechshänge zu werden scheint. Genug für diesmal, morgen wieder lustig!

— Strikes u. s. w. Aus Frankreich laufen fast täglich Nachrichten aus der Provinz ein über Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, in Berlin regen sich die Maurer und Pauer, in Zürich striken die Steinhauer u. s. w. Ueberall sind es aber fremde Anwohler, welche die guten Arbeiter aufheben.

— Oesterreichischer Arbeitertag. An den nächsten Pfingstfeiertagen findet ein oesterreichischer Arbeitertag statt, der nach Art der im letzten Jahre in Oesterreich abgehaltenen Bauern- und Parteitage als geschlossene Versammlung einberufen werden wird, zu der geladene Gäste Zutritt haben. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Forderungen der Arbeiter in Oesterreich; 2. Die Stellung der Arbeiter zu den politischen Parteien und zur gegenwärtigen Bauernbewegung in Oesterreich; 3. Die Arbeiter und die neue Gewerbeordnung; 4. Gründung eines allgemeinen oesterreichischen Arbeiterbundes.

Wir wünschen, daß der Arbeitertag einen guten Verlauf nehmen und einen gedeihlichen Einfluß auf die oesterreichische Arbeiterbewegung ausüben möge.

— Die Entrückungsverammlung gegen die russischen Grausamkeiten, welche Sonntag den 22. Mai im Cirque Fernando zu Paris einberufen war, nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Gegen 4000 Personen hatten sich eingefunden, Zustimmungsbrieffen von Nah und Fern (u. A. auch von der Redaktion der „Arbeiterstimme“ und des „Sozialdemokrat“) waren eingelaufen und wurden unter förmlichem Beifall verlesen. Gleichfalls unter begeisterten Zurufen sprachen Achille Secondign, Chefredakteur vom „Citoyen“, Henry Brissac, Fr. Cournot, Eudes, Casimir Louis, H. Rabelet u. s. w. Eine mannhaftige Resolution, welche die Grausamkeiten der russischen Jaren dem Abscheu aller zivilisirten Völker überliefert und dem russischen Volk eine baldige endgültige Befreiung wünscht, wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung wurde durch keinen einzigen Mißton gestört. Alle

*) Neuerdings wird berichtet, daß der Schenk von Weyern „nur vorläufig“ aus der Haft entlassen worden sein soll. Kommt auf dasselbe heraus.

Parteidifferenzen traten zurück vor der gemeinsamen Aufgabe. Bravo!

Unsere Londoner Freunde hielten am vorigen Montag in dem großen Saale ihres neuen Vereinslokals gleichfalls eine öffentliche Protestversammlung ab; ein Bericht über dieselbe ist bis zum Redaktionsschluss noch nicht eingetroffen. In der am Sonntag stattgehabten, sehr gut besuchten Versammlung deutscher Sozialisten in Zürich wurde einstimmig der Wunsch ausgedrückt, das Komite der schweizerischen Sozialisten mögen auch für Zürich eine solche Versammlung veranstalten.

Aus London, 9. Mai, schreibt man uns: Indes im Parlament die Debatten über die irische Landbill in's Endlose hinausgezogen werden, fahren die Landlords fort, ihr „Eigentumsrecht“ wie bisher anzuhängen und die zahlungsunfähigen Pächter massenhaft auszutreiben, natürlich unter dem Beistand der Staatsgewalt. Es ist da um kein Jahr besser als in Deutschland. Zuerst kommt das Zwangsgefes, welches nur als Vorläufer und Vorbedingung der „positiven“ Maßregeln hingestellt wird. Aber die positiven Maßregeln wollen nicht kommen, und wenn sie kommen, erweisen sie sich als purer Schwindel und Heuchelei, so daß von dem ganzen „Reform“werk nichts übrig bleibt als das Zwangsgefes.

Dah man auf diese Weise den sozialen Frieden nicht finden kann, muß jeden Vernünftigen klar sein, nur nicht dem englischen Ministerium und Parlament. Dieselben Herren, welche über die deutschen und russischen Zustände scheinheilig die Augen verdrehen, wissen in Irland auch nichts Besseres zu thun, als Gewaltmaßregeln der brutalsten Art anzuwenden. In Hunderten beläuft sich die Zahl der auf Grund des Zwangsgefes in Irland Verhafteten; die meisten wurden bloß auf unbestimmten Verdacht hin arretiert, viele derselben mußten schon wieder als völlig schuldlos in Freiheit gesetzt werden. Dazu alle Augenblicke eine neuerliche Verhängung des Belagerungszustandes und viel weiteres Strobdreschen im Parlament — ganz wie in Deutschland.

Dah diese Maßregeln nichts fruchten, daß der Geist des Widerstandes in Irland weder gedrochen noch auch nur gelähmt ist, zeigen deutlich die unzähligen Berichte über Anreize auf Landlords und deren Werkzeuge und die Notwendigkeit, jede Austreibung eines Pächters unter dem Schutze einer bedeutenden Militärmacht vollziehen zu lassen.

Vorgestern wurden 3. B. in Lifford die Pächterfamilien von vier- zehn Pächtern vertrieben. Um diesen Akt der „Gerechtigkeit“ zu schützen, wurde das Gerichtgebäude während desselben von nicht weniger als dreihundert Soldaten bewacht — dreihundert Soldaten nötig, um vierzehn Pächter zur Raision zu bringen!

An demselben Tage besetzte eine starke Militärmacht unter dem Kommando eines Majors ein Gut in New-Pallas, Americk, um den Scheriff bei der Austreibung von aus demselben wohnenden Pächtern zu unterstützen. Diese aber hatten sich des Schlosses bemächtigt, dasselbe verrammet und mit Schießscharten versehen. Es war nicht möglich, dasselbe einzunehmen, die Militärmacht mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen. Gestern wurde eine noch stärkere Kolonne mit vier Geschützen gegen die „Rebellen“ abgemacht, die hoffentlich inzwischen verduftet sein werden.

Das sind die Erfolge der Zwangsbill. Inzwischen beginnen auch die irischen Landarbeiter sich zu rühren. Natürlich sind sie für die Sache der Pächter nicht allzu begeistert, treten aber gleich diesen gegen den „Landlordismus“ und für Home Rule ein, bedeuten also durchaus keine Stärkung des grundbesitzenden Elements. Von Sozialismus ist übrigens bisher auch bei ihnen nicht das Geringste zu verspüren.

Unter den englischen Industriearbeitern scheint es dagegen endlich tagen zu wollen. Wenn die englischen Arbeiter in Großbritannien und Amerika bisher dem Sozialismus unzugänglich waren, so war dies, neben nicht zu unterschätzenden schwebenden Ursachen, ihrem konservativen Nationalcharakter, dem Stolz auf ihre Freiheit, auf die sie übrigens nicht gar zu stolz zu sein brauchen, da sie dieselbe so schlecht zu benutzen verstanden, vor Allem dem zuzuschreiben, daß ihre Lage im Verhältnis zu denjenigen der Arbeiter anderer Länder eine sehr günstige war. In Amerika war's der far West, der die industrielle Reservearmee nicht so rasch anwachsen ließ, als es unter normalen Umständen geschehen wäre, in England war es das Monopol, den Weltmarkt mit Waaren zu versorgen. Das Interesse, den auswärtigen Markt zu beherrschen, war ein Kapitalisten und Arbeitern gemeinsames, es bestand zwischen ihnen eine gewisse Interessensharmonie. Dieses Monopol ist aber gebrochen und es schwindet täglich mehr und mehr. Im industriellen ist aber wie im politischen Leben: hat man keine auswärtigen Eroberungen mehr zu machen, verzieht der Siegesrausch, dann treten die inneren Differenzen um so schärfer hervor. Der englische Arbeiter ist in Folge dessen in den letzten Jahren dem Sozialismus um ein gut Stück näher gekommen und kommt es immer mehr.

Ein erfreuliches Zeichen dieser allmähigen Wandlung im Geiste des englischen Arbeiters ist unter Anderem das neugegründete Gewerkschaftsorgan, „The Labour Standard“, ein Wochenblatt, dessen erste Nummer am 7. Mai erschien. Dieses Blatt, welches von einflussreichen Gewerkschaftlern gegründet worden ist und das die Masse der Gewerkschaften hinter sich hat, bringt bereits ganz sozialistische Artikel.

Ein Artikel, überschrieben: „Ein entsprechender Tagelohn für entsprechende Arbeit“, weist treffend nach, daß und warum diese alte Forderung der englischen Gewerkschaftler unzureichend und durchaus unmöglig ist, und schließt mit folgenden Worten: „Die Gerechtigkeit der politischen Oekonomie unterliegt den Gesetzen, welche die moderne Gesellschaft beherrschen, und ist daher sehr einseitig — sie ist ganz auf Seite des Kapitalisten. Begrabt also das alte Motto für immer und ersetzt es durch ein anderes: Besitzergreifung der Arbeitsmittel — Rohmaterial, Fabriken und Maschinen — durch das arbeitende Volk!“

Bravo! Behält es die bisher — in den ersten zwei Nummern — eingehaltene Richtung bei, dann werden wir dasselbe wohl ohne Bedenken als Mitkämpfer — allerdings in englischer Manier — begrüßen können. Zur Vervollständigung unserer Mitteilung über die Londoner sozialistische Presse wollen wir noch der Kuriosität halber hinzufügen, daß seit dem 15. Mai ein neues deutsches „sozialistisches Organ“ von Herrn — Welken herausgegeben wird, „Die Glode“ — wohl ein Echo der „Reichsglode“? Wer da auf den Reim gehen wird?

Zugleich mit der Achtung vor dem Kapitalismus ist auch die Achtung vor der Religion in erfreulicher Abnahme begriffen. Der Fall Bradlaugh ist ein Beweis dafür. Glänzig wirkt in dieser Beziehung die neue Bibelübersetzung.

Die bisher hier gebräuchliche Uebersetzung des neuen Testaments stammt noch aus dem Jahre 1611. Dieselbe hat mannigfache Vorzüge, vor Allem eine schwingvolle, poetische, manchmal ergreifende Sprache. Aber die Bibelforschung hat so viel Fehler in derselben nachgewiesen, daß sie unmöglich länger beibehalten werden konnte. Eine gelehrte Kommission wurde eingesetzt, welche eine neue, den Anforderungen der „Wissenschaft“ entsprechende Uebersetzung herstellen sollte. Nach einjähriger Arbeit ist dieselbe endlich jetzt erschienen und wird — mit einem Schrei der Entrüstung aufgenommen. Die ganze Poesie und Erhabenheit des früheren Textes ist verschwunden, ja, die allzu wortgetreue Uebersetzung wird sehr häufig lächerlich und unsinnig. Die alte Bibel wird als falsch erklärt, die neue ist nicht nur — das muß denn doch den Bibelfgläubigen erschüttern.

Zeit war's. J. S.

Wir können dem die erfreuliche Mitteilung hinzufügen, daß man auch in Newyork die Gründung eines englischen sozialistischen Arbeiterblattes in größerem Maße plant.

Die Nachricht „Zurück“ ist, daß Hefja Heimann ihren Qualen erlegen sei, hat sich bis — wir wissen nicht, ob wir sagen dürfen, glücklicherweise — nicht bestätigt. Auch daß man sie gefoltert habe, wird offiziös bestritten; was von russischen Dementis zu halten ist, weiß jedes Kind, indess scheinen die aus galizischen Blättern herkommenden grausigen Darstellungen auch eben aus — Galizien zu stammen. Durch solche Uebertreibungen schadet man der Sache der Eingekerkerten mehr als man ihnen nützt.

Das „Ezekutiokomite“ hat auf die berichtigte Proklamation des Jarca mit einem Manifest geantwortet, das bereits die Runde durch die Presse macht. Wir halten mit unserem Urtheil über dasselbe noch zurück, bis wir die Gewißheit haben, daß es echt ist.

Die Judenrevolten nehmen immer mehr den Charakter eines sozialen Krieges an gegen — die Besitzenden. Infolgedessen wendet jetzt die russische Regierung alle Mittel an, sie zu unterdrücken. Die Konsequenz wird sein, daß die Kuffaden sich auch gegen sie richten. Aus diesem Dilemma kommt sie nicht heraus.

Korrespondenzen.

Meerane, 10. Mai. Es ist endlich einmal Zeit, etwas von uns hören zu lassen, denn die Atmosphäre wird hier immer schwüler, so daß eine Steigerung kaum mehr möglich erscheint. Polizei- wie Postbeamte weiteifern miteinander, um in Ausführung des Sozialistengesetzes anderen Orten nicht nachzusehen zu dürfen. Voriges Jahr ging die Jagd los. Es sollten nach Angabe der Polizei Flugblätter verbreitet worden sein, und wurden deshalb eine Masse Hausdurchsuchungen vorgenommen, welche jedoch resultatlos blieben. Bald darauf „überraschte“ man eines Sonntags Genossen Weckel und fand bei ihm eine Sammelliste, einen Brief aus Amerika, sowie ein Exemplar des „Sozialdemokrat“. Weckel wurde sofort verhaftet, jedoch nach Abführung der „gesetzlichen Untersuchungsfrist“, 4 Wochen, da sein Beweismaterial gegen ihn vorgebracht werden konnte, wieder entlassen.

Anfangs dieses Jahres sollten nun wieder Flugchriften verbreitet worden sein, und zwar Rostische. Man haussuchte wieder, fand aber auch diesmal nichts, bis man nachträglich Genossen Relsch verhaftete, bei demselben nochmals gründlich haussuchte, ohne indess etwas finden zu können. Erwähnt sei noch, daß man sogar einen Strickgarnfaden für sozialgefährlich ansah und unser Wachtmeister dasselbe bis zum Ende aufwickelte. Genannter Relsch wurde nach vierstündiger Gefangenschaft in unserer Stadt geschlossen nach dem Landgericht Zwickau übergeführt. Relsch war bereits hier als schwerer Verbrecher behandelt worden, man hatte ihn an den Oker festgeschlossen, angeblich, damit er nicht an das Freizeiter gehen könne. Er fiht gegenwärtig immer noch, trotzdem die Untersuchung bereits seit 3 Wochen geschlossen ist. Man bietet Alles auf, Relsch etwas anzuhängen, ist jedoch noch nicht zu dem gewünschten Resultate gekommen, da nicht die geringsten Anhaltspunkte vorliegen. Man weiß überhaupt nicht, wie Relsch dazu gekommen, solch „schweren“ Verdacht auf sich zu laden, denn er hat sich seit Bestehen des Sozialistengesetzes in keiner Weise an unserer Organisation betheiligt, wir erachteten auch niemals, ihn zu derselben heranzuziehen, da er sich in keiner Weise dazu eignet.

Wie dem aber auch sei, Relsch ist ein Opfer brutaler Polizeivöllerei, und es müßte mit dem Tadel zugehen, wenn sie nicht doch noch eine Anklage gegen ihn zu Stande brächten, da die Polizei Alles aufbietet, um sich eine Nebenblamage zu ersparen. Auch Genosse Weckel mußte noch einmal daran glauben; man verhaftete ihn 3 Tage vor seiner Abreise nach Amerika und suchte mit aller Gewalt noch etwas aus ihm herauszupressen, aber trotz Anbiederung aller Geisteskräfte von Seiten unseres Wachtmeisters Jürner mußten sie ihn noch am selben Tage wieder entlassen. Unser Wachtmeister erspart den Richtern gewöhnlich die Gelegenheiten, einen „Rothsch“ zu verurtheilen zu können, da er ihnen den Drei im Voraus schon verläßt. Dieser Wachtmeister ist ein verdorbener Webergeselle, auch wohl sonst zu jeder anderen Profession unfähig; dagegen hebt er einem geflohenen Räuber nicht nach, schlimmer als er kann ein solches die Augen auch nicht verdrehen. Der Mann aber strebt nach Orden, und da müssen ihm die Herren Richter schon etwas nachsehen, wenn er ihnen verdorbene Arbeit liefert.

Nun zu unserem Postwesen: Kein Adressat ist mehr sicher, daß ihm Briefe oder Pakete unversehrt zugehen. Ein Paketträger hier ist so froh, daß er, wenn auch die Adresse genau stimmt, sich nach der Freundschaft oder Bekanntheit im Abgangsorte erkundigt und schließlich verlange, daß man ihm den Inhalt präsentiren möge. Es ist ihm auch einmal gelungen, einen Adressaten dazu zu bewegen, zu seinem Verdraß aber enthält das betr. Paket nur unerschulbige Briefe. Wir werden ihm aber nächstens einmal besser bei seiner Spionage helfen und ihm bei Gelegenheit einen Denskerel anhängen, welchen er wohl nicht so bald vergessen wird.

Vom Postboten zum Himmelsboten: Wir haben einen neuen Oberpostboten bekommen, Namens Bienengräber, welcher sich von allen seinen Vorgängern auszeichnet. Der Mann scheint höheren Orts dazu bestimmt zu sein, das sozialistische Netz Meerane wieder einmal reformiren zu sollen; denn er entfaltet eine so umfangreiche Thätigkeit, daß unsere Stadt sich nur mit ihm zu beschäftigen hat. Er sucht die Arbeiter in ihren Häusern auf — auch außerhalb Meerane — und erkundigt sich nach ihren Arbeitsverhältnissen und — was die Hauptfrage ist — nach ihrem Glauben und ob sie die Kirche besuchen. Das Resultat auf letztere Frage ist immer unglücklich, und entschuldigen sich die Meisten damit, daß sie nichts Kirchenliches anzupfehen haben. Ueber dieses Uebel hilft er ihnen dann immer hinweg und schickt den Leuten Befeldungsmaterial, wenn sie ihm versprechen, dann die Kirche besuchen zu wollen. Diejenigen, welche nicht kirchlich getraut sind oder ihre Kinder nicht haben taufen lassen, werden mit einem Briefe durch die Post besetzt, in welchem Adressat gebeten, dem „berlich gebeten“ und zuletzt „innig gebeten“ wird, seinen Fühnen gegen die Kirche nachzukommen, und bei Nichtbeachtung dieser Mahnung mit einem Besuche von Seiten des Kirchenvorstandes bedroht wird. Leider fallen diesem Refusitentreiben Viele zum Opfer, welche zwar nicht aus Neue über ihren Unglauben die kirchlichen Handlungen an sich vollziehen lassen, aber durch die Hoffnungen, sich wieder unter Menschen leben lassen zu können, dazu veranlaßt werden, indem sie wenigstens einen Rock oder paar Stiefel bekommen.

Um dem Sozialismus auszuweichen, sind unsere Fabrikanten, resp. ist unsere Regierung ernstlich bestraft, den hier herrschenden Rothband zu beseitigen. Und das macht man so: Von der kirchlich hier weilenden und aus Regierungsräthen bestehenden Kommission, welche auf unserem Rathhaus Sitzung hielt, wurden von jeder Fabrik ein oder zwei Arbeiter, welche das Meiste verdienen, sowie von Handwebern diejenigen, welche noch Grundbesitz haben oder wenigstens materiell noch nicht glänzlich heruntergekommen sind und deshalb die Roth am besten repräsentiren konnten, zur Festhaltung des Rothbandes abgefragt. Mit dem auf diese Art gewonnenen Resultat sind die Herren wieder gegangen, und die Herren Fabrikanten haben ihr Ziel betrefis des hohen Lohses erreicht, da die hohe Kommission einsehen mußte, daß die Roth nicht in den niedrigen Löhnen zu suchen, sondern nur in der Arbeitslosigkeit, welche durch die hohen Garnpreise, die den Export der Waare beeinträchtigen, herbeigeführt worden ist.

Sowie über die besten Verhältnisse: wir haben bloß noch den einen Wunsch, daß der Belagerungszustand über den 17. Wahlkreis verhängt würde, denn kein größerer Gefalle könnte uns gethan werden, und nicht nur wir, sondern auch manche unserer Gegner würden sich freuen, wenn aus Meerane gehrdig ausgewiesen würde. Dann muß man wenigstens fort. Noch ist zu bemerken, daß das Individuum, welches Redel dennort, Michael Funke heißt und in der Webersstraße wohnt, ist. Wir übergeben demselben der allgemeinen Verurtheilung und sichern ihm bei der ersten Gelegenheit schlagende Beweise unserer speziellen Hochachtung zu.

Mürnberg, 11. Mai. Durch ein Mißverständniß zwischen den Führer und Nürnberger Parteigenossen erhielt der „Sozialdemokrat“ seinen Bericht über die glänzende Versammlung in Zürich, in welcher

Genosse Bebel einen Vortrag über die politische Lage Deutschlands hielt. Einige Wochen früher war in Nürnberg, wie dann auch in Zürich, eine Arbeiterversammlung einberufen worden in letzterer war Genosse Grillenberg als Referent für die Tagesordnung — „Das Arbeiterausfallversicherungsgesetz“ — aufgestellt, während in Nürnberg von den Besitzern des gemerblichen Schiedsgerichtes, welche diese Versammlung einberiefen, ein Referat gar nicht benannt wurde. Die Nürnberger Versammlung, welche dieselbe Tagesordnung hatte, wurde unter den lächerlichsten Gründen und Erwägungen als sozialistische u. zc. erklärt und verboten, ebenso die Versammlung in Zürich. Das Verbot in letzterer Stadt, wofelbst doch der demokratische Magistrat ausschlaggebend war, wirkte natürlich viel Staub auf, und es wurde innerhalb der Bürgerchaft das Gebahren dieser Ausschüsse, die größtentheils Juden sind, also selbst vor Ausnahmemaßregeln stehen, scharf gezeihelt. Als aber schließlich der Arzt Herr Dr. Degen, der selbst im Gemeindevorstande sitzt, eine Versammlung einberief, für welche Genosse Bebel als Redner aufgestellt war, da wagten es die Herren denn doch nicht, bei ihrem feigen Beschluß zu beharren. Die Versammlung fand also statt. Ein ausführlicher Bericht über dieselbe wird dem „Sozialdemokrat“ von Zürich aus zugehen, oder schon zugegangen sein. Natürlich wurde diese Versammlung auch von den Nürnbergern besucht, so daß Hunderte vor den Thüren Posto faßen oder zurückkehren mußten. Wie die gegnerischen Blätter zugestanden, waren unter den Besuchern auch viele Nichtarbeiter anwesend. Dah Bebel äußerst gewandt die Klippen des Ausnahmefegeses zu vermeiden wußte, gabn selbst die höchsten Zeitungen, deren Redakteure fast alle selbst anwesend waren, zu, daß stigten sie hinzu, habe er es auch verstanden, begeistert und aufreizend auf seine Genossen einzuwirken, ohne daß der Ueberwachende Gelegenheit gefunden hätte, einzuschreiten. Einer dieser Herren schrieb: „Wer die begeisterten Reden der Sozialdemokraten gelesen hat, wird es wohl einsehen, daß gegen solche Leute keine Ausnahmefesge wirksam sind.“ Alle schrieben, daß man dem Redner angesehen habe, daß das, was er spreche, auch seine Uebersetzung sei. Auf den Herren freilich sehr sonderbar vorkommen, wenn es auch Leute gibt, die ihre Uebersetzung offen aussprechen, anhand dieselbe zu verkaufen! Dah die bayerische Streberregierung den Führern die Vereins- und Presspolizei zur Strafe für die Genehmigung dieser Versammlung entzogen habe und das Bezirksamt damit betraut wurde, wird schon bekannt sein. Letzteres machte auch sofort den ausgiebigsten Gebrauch davon, verbot den demokratischen Verein „Bürgerbund“, weil viele Mitglieder Sozialisten seien und Gabriel Löwenstein in einer Versammlung desselben zum Reichstagskandidaten proklamirt wurde; ferner wurden sogleich wegen Kleinigkeiten große Hausdurchsuchungen, die sich bis Nürnberg ausdehnten, veranlaßt, kurz der Herr Bezirksamtmann Zeilisch in Zürich zeigte sich seinem Vorbilde, dem Hauptstreber, Herrn Regierungspräsidenten Zeilisch in München, würdig. Der Lohn hierfür wird Beiden in der Zukunft nicht ausbleiben! Doch nun zu unseren Nürnberger Parteiverhältnissen. Unsere bewährten Genossen Grillenberger haben wir auch diesmal wieder als Reichstagskandidat proklamirt. Der Geist unter den Genossen ist wie überall, nachdem das erste Jahr unter dem ungewohnten Ausnahmefesge vorüber war, besser als er je war; das treue Zusammenhalten, das immer fester — jetzt meist durch Freundschaftshand — sich Zusammenschließen, war früher nicht vorhanden; dagegen hilft auch kein Vereinabschließen, kein Belagerungszustand, und wie die ohnmächtigen Wuthausbrüche unserer Volkseinde noch heißen. Wenn sich auch hier wie allwärts Mander, der früher sein Fleisch schneiden oder vor der Öffentlichkeit mit seinen „radikalen“ Behauptungen prahlen wollte, zurückgezogen hat, so haben wir doch viele neue Genossen, die zuverlässig und mit frischem Feuer in den Kampf gehen, gewonnen. Von den zweifelhaften Elementen, die sich früher eindruckten und uns in den Augen vieler Leute kompromittirten, sieht man nichts mehr, sie blieben entweder selbst weg, oder es wurde ihnen hiez gerathen. Unser Wackelamp mag ein süßiger werden; durch die Bemühungen eines Bismard'schen, seines gütlichen Zuhirten, wurde hier eine liberale Partei gegründet, die nun die Herren vom Fortschritt bds mitnimmt. Wenn sich die Spitzhunden streiten, so kommt der christliche Ramm zu seinem Recht; das werden diese Herren schließlich auch einsehen und bei einer allfälligen Stichwahl sich um die bechnaupten Hälfe faßen. Glück zu!

Briefkästen

der Expedition: G. Th. v. Main: St. v. 18. hier. Ende März durch W. Nichts erh. reklamirt! 1 R. B. mit 21 abgeg. — J. G. Paris: Fr. 2.50 Ab. 2. Qu. erh. — „Reiches Recht für Alle“: Nr. 6.00 Ab. pr. 4 Mon. u. 11.00 Ab. erh. 18 muß noch gekommen sein. Glück an! — H. + R.: St. v. 17. 5. u. 2 neue erh. — Nr. 722: Nr. 6. — Ab. 2. u. 3. Qu. erh. „Zuebers Verdrach“ besser kubliren. Briefk. am 24. Köberes. — Stieber auf Reisen: Nr. 1. — Ab. Mai erh. 17. u. 18 ging noch an alte Firma, 19—21 an Stellverttr. — Gundlach u. Cie. V. Klegre: Fr. 13. — Ab. ab Jan. 81 — Dej. per Commis. erhalten. Nachfrg. abgeg. 24.5. 81. — Zentralausgah Basel: Fr. 5. — 1. Schft. dem Hgld. zugewiesen. Wie steht's mit den zur Märzfeier? — Weinke L.: St. v. 21.5. erh. u. am 23. beantw. Alles vorgekerrt. — Vaster: St. v. 20. erh. am 22.5. v. D. Borgänger noch nicht. Bohin ging er? — v. Bismard: St. v. 21. erh. u. am 23. beantw. Alles richtig und beachtet. — + + + himmel —; Rahr. v. 20. erh. u. am 23. erwidert. Nezer beanigt. Freilich viel Noos, aber wie anders? Hatten mit „R.“ nur das Revier im Auge. — B. B. Lond.: P. & v. 22. erh. Nachbehell. abgeg. Dah hat ja den Tengel mit Euler Post! — Alg. A. B. Ber. Bern: Adv. vorgem. — A. R. Satzstadt: Bis zu 21 Alles bereits fortgewesen. Ab 22 nach Zürich. — (—): St. v. 20. am 23. erh. 21 bereits abgeg. — H. Kyske R. B.: Bestllg. v. 6.5. folgt in 7 Krldr. Am 23. 5. 2 davon abgeh. St. richtig frankirt gewesin. Je 15 Gramm kosten 5 Cents. Rota brst. am 24. gef. — 0 Hu: Alles in Ordnung. 3 neue vorgemerkte u. Rotig an L. gekandt. — Serlow: St. v. 19. u. 20. erh. Rat. am 24. briefl. abgeg. — C. Rothschld: Aufstg. v. 21.5. am 24.5. briefl. an St. erwidert. Schft. mit 22 abgeg. — Rothbald: St. v. 17. 20. u. 21.5. erh. u. am 24. erwiedert. — Feldhauptm.: Was soll's mit den 500 R. B.? — Kabanus: St. hat selbst 6 Dup. besorgt. Nachn. nach Porto Fr. 43.50 u. 50 Pf. Porto nach Sch. Alles an R. zu bezahlen. Gest mit 22. — Egmont: St. v. 22. am 23. beantw. Hg. gut. — Nachstg. mit 22 fort. — Justinus: 3 Hfe. und Beil. dank. erh. Roum erwarret. Weiteres soand mögl. An St. gehen bitte Bitt. v. reh. G. Alleits Grst! — G. Schumann Cincin.: 8 Dd. erh. St. u. Gedtdg. u. Dcod. haben sich gefreut. Räheres pr. P. K. 25.5. — Sgrl.: 815: St. v. 24. am 25.5. an R. direkt beantw. — Juchuber London: Du brichst so ernst, so lang, so mild, mir bangt für Deinen Aushängschft.

In unserem Verlag ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Revanche!

Episode aus den Kämpfen der Kommune.

Von Leon Cladel.

Aus dem Französischen überseht, nebst einem Vorwort von W. Liebhardt.

Preis: pr. Exemplar einzeln: 15 Cts. — 10 Bg. netto baar voraus. Porto beizulegen für 1—5 Expl. in der Schweiz übliches Kreuzband- oder Paketporto, für Deutschland 5 Bg.; bei größeren Partien pro Exemplar 1 Bg.

Bei größeren Partien entsprechender Rabatt. Lieferung nur gegen Baar-Vorauszahlung, Bestellung franko und baldigst erbeten, da nur mäßiger Vorrath. Wiesbad.-Zürich.

Verlag des „Sozialdemokrat“.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein 49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.

Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.

I. A.: Der Sekretär: G. Lemke.

64weg. Vereinsbuchdruckerei Postingen-Zürich.